

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 22

Charlottenburg, Freitag, den 30. Mai 1913

Jahrg. 40

Sperren

Vollsperrten: Altwasser (C. Liess & Co.).
Arzberg (A.-G. Schönwald, Abt. Arzberg). Berlin
(Rosenthal & Meder, Malabasterbildhauerei, Dresdenerstraße).
Colditz (Thomsberger & Hermann). Döbeln (Reßler &
Herold). Düsseldorf (Rhenania). Flörsheim a. M.
(Wilhelm Dienst). Großbreitenbach (Wagner & Enders).
Karlsruhe. Ruppelsdorf (Phil. Koch). Kranich-
feld. Ohrdruf (Bähr & Bröschold, Brennbertrieb).
Rehau (Zeh, Scherzer & Co.). Rheinsberg. Rösrau.
Schönwald (C. & A. Müller, A.-G.). Schwarzenbach
(Kleinreich).

Halbsperrten in Deutschland: Bonn (Mehlem).
Fürstenberg a. Weiser. Hennigsdorf bei Berlin. Königszell.
Krummenaab. Meuselwitz. Deslau (Göbel). Passau. Reichenbach.
(Schwabe & Co.) Schlierbach. Sörnewitz. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Buchau (Blas &
Röhner). Budapest (Drascha). Gießhübl (Joh. Schuldes).
Grünlas (R. Rämpf). Krawska (L. Fiala & Sohn).
Meretitz (Benier & Co., Inh. J. Koch). Prag (Malerei
Scharrer & Co.)

Unser Verband im Jahre 1912.

Während gewöhnlich die Geschäftslage in der Porzellan-
industrie unsere Massenverhältnisse beeinflusst, war im Jahre
1912 die Aussperrung der Faktor, der dem Verbandsleben,
besonders aber den Massenverhältnissen ein eigenartiges Gepräge
gab. Schon Mitte 1911 setzte das Vorbild zu dieser Aus-
sperrung mit dem verhältnismäßig kleinen Streit in Teltow
ein. Dieser Streit griff in der Isolatorenbranche immer weiter
um sich, bis er im Februar 1912 zu einer Aussperrung führte,
an der über 8000 Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen be-
teiligt waren. Hiervon entfielen auf unsere Verbandsmit-
glieder ungefähr 6500 Ausgesperrte und Streikende. Die Ge-
samtkosten dieses Kampfes dürften wohl mit einer halben
Million nicht zu hoch angesetzt worden sein. Im Jahre 1911
betrug die Streikunterstützung rund 108 000 M., eine sehr
hohe Summe, die hauptsächlich auf das Konto der der Aus-
sperrung vorangegangenen langwierigen Kämpfe in der Isola-
torenbranche zu buchen waren. 1912 dagegen wurden fast
320 000 Mark mehr an Streikunterstützung gezahlt und zwar
428 000 Mark.

Der Verband hatte am Schluß des Jahres eine Mit-
gliederzahl von 16 743. Diese Ziffer sank bis Ende 1912 auf
16 078, also um 665. Trotz dieser Mitgliederabnahme stieg
die Zahl der weiblichen Mitglieder von 2722 auf 3294, ver-
mehrte sich demnach um 572, sodaß wir eine Abnahme von
1237 männlichen Mitgliedern zu verzeichnen haben. Die Zu-
nahme der weiblichen Mitglieder ist wohl in erster Linie als
ein Zeichen dafür, daß die weibliche Arbeitskraft in der Por-
zellanindustrie immer mehr Einzug hält, anzusehen. Der Ge-
samtmittelgliederertrag ist in Anbetracht des schweren Kampfes
gering und dürfte wohl den Erwartungen der Scharmacher
kaum entsprochen haben. Die Einnahme an Eintrittsgeldern,
Beiträgen und für Streikmarken betrug rund 478 000 M.

Sie wies gegenüber dem Vorjahre eine kleine Steigerung auf.
Außerdem brachten unsere Mitglieder durch Extrabeiträge und
Sammlungen noch über 52 000 Mark auf, während von außer-
halb unserer Organisation Stehenden noch rund 87 700 Mark
der Verbandskasse zufließen.

Spielt im Massenabluß die Streikunterstützung die Haupt-
rolle, so ist die Arbeitslosenunterstützung gegen die Vorjahre
verhältnismäßig gering. Sie erreichte die Höhe von 27 000
Mark gegenüber 51 000 Mark im Jahre 1911. Während
sich die Ausgabe für Nachregelungsunterstützung ebenfalls ver-
ringerte, haben sich die Ausgaben für Fahr- und Umzugs-
geld in Folge des Streiks in der Isolatorenbranche verdoppelt.

Die Ausgabe für Krankengeldzuschuß hat sich gegen 1911
um 5700 Mark verringert und betrug 63 500 Mark. Die
Zahl der Krankheitsfälle hatte sich allerdings etwas erhöht,
dagegen war aber die Zahl der Krankheitstage bedeutend ge-
sunken. Man würde aber fehl gehen, wollte man daraus auf
einen allgemeinen besseren Gesundheitszustand der Porzellan-
arbeiter und auf wesentlich verbesserte hygienische Einrichtungen
in den Betrieben schließen. Das vorübergehend bessere Re-
sultat dürfte einzig und allein auf die Aussperrung zurück-
zuführen sein, die einen großen Teil der Arbeiter eine Zeit
lang ihrem gesundheitschädlichen Berufe fern gehalten hat.
Die Krankheitsstatistik weist dasselbe Bild auf, wie das Jahr
1911. Die Erkrankungen der Atmungsorgane stehen noch
immer voran. Sie beanspruchten 681 Fälle mit 21 719 Krank-
heitstagen. Dann folgt Rheumatismus in 512 Fällen mit
10 745 Krankheitstagen, während Knochenbrüche und sonstige
Verletzungen und Wunden 376 Fälle mit 6792 Krankheits-
tagen verursachten. Ein großer Teil dieser Fälle
ist wohl auf das Fehlen von Schuhvorrichtungen zurück-
zuführen. Die Sterbefälle, die durch Erkrankung der Atmungs-
organe verursacht wurden, stiegen von 51 auf 59. Sie be-
trugen rund 50 Prozent aller Sterbefälle. Die im Jahre 1912
gezahlte Gesamtunterstützung erreichte die Höhe von 550 000
Mark, eine Summe, mehr als doppelt so hoch als die des
Vorjahres.

Das Verbandsvermögen verminderte sich im Berichtsjahre
um 129 000 Mark und betrug am Jahreschluß 275 000 Mark.
Die Ausgabe war pro Kopf 6,10 niedriger als die Einnahme.
Ohne die anlässlich der Aussperrung von außerhalb unseres
Verbandes Stehenden aufgebrauchten Gelder wäre die Ausgabe
pro Mitglied 11,39 Mark höher als die Einnahme.

In Anbetracht des großen Kampfes, den uns das Jahr
1912 brachte, ist der Massenabluß kein ungünstiger zu nennen.
Aber dieses verhältnismäßig günstige Ergebnis ist wesentlich
durch die vielgeschmähten Reformierungen der Unterstützungs-
einrichtungen, welche die beiden letzten Generalversammlungen
vornahmen, zustande gekommen. Das dürfen wir keinen Augen-
blick verpassen, besonders aber nicht bei den Beratungen über
das Statut des künftigen Keramarbeiterverbandes. Denn wir
würden keine gute Arbeit leisten, wollten wir eine Organi-
sation schaffen, die unserem jetzigen Verbands an Leistungs-
fähigkeit in der Erfüllung gewerkschaftlicher Aufgaben und an
der Fähigkeit, Kämpfe möglichst aus eigenen Mitteln führen
zu können, nachsteht.

Der Statutenentwurf.

Die Anträge zur Generalversammlung sind nunmehr gestellt und kommen in nächster Zeit zur Veröffentlichung. In den Zahlstellenversammlungen hatten lebhafteste Debatten über den Statutenentwurf eingesetzt. Auch einzelne Mitglieder haben von ihrem Recht, ihre Meinung über den Entwurf und über die Verschmelzungsfrage im Verbandsorgan zu äußern, in ausgiebigster Weise Gebrauch gemacht. Abgesehen von einzelnen Ausnahmen ist die Aussprache in sachlicher Weise erfolgt. Allerdings haben einzelne Mitglieder bei der Diskussion des Statutenentwurfs ihrem Unmut über diesen und über die Urheber desselben in schärfsten Worten Luft gemacht, jedoch mit Unrecht.

Die Kommission, die sich der von den Generalversammlungen gestellten Aufgabe entledigte, hatte bei dem Ausarbeiten des Statuts in erster Linie die Leistungsfähigkeit des neuen Verbandes ins Auge zu fassen. Sie mußte deshalb die Erfahrungen, welche die in Frage kommenden Verbände bezüglich des Unterstützungswesens gemacht hatten, mitverwenden. Es wäre wohl angenehmer gewesen, höhere Unterstützungssätze und längere Dauern zu bieten, aber in erster Linie mußte sie bedacht sein, Vorschläge zu machen, die geeignet sind, den zukünftigen Keramarbeiterverband auf einer soliden Grundlage aufzubauen. Zieht man außerdem noch in Erwägung, daß einzelne Bestimmungen in den Statuten der drei in Frage kommenden Verbände sich trotz der von den letzten Generalversammlungen geschaffenen Ausgleichs immer noch diametral gegenüberstehen, so wird man bei vorurteilsloser Betrachtung zugeben müssen, daß große Schwierigkeiten zu überwinden waren. Und diese Schwierigkeiten im Statutenentwurf zu überwinden, ist der Kommission gelungen.

Nun soll der Entwurf durchaus nicht der Weisheit letzter Schluß sein. Er ist weiter nichts, als ein Vorschlag, der notwendig war, wenn die gemeinsame Generalversammlung in Leipzig überhaupt ein Statut zustande bringen soll. Ein Statut, das allen im Keramarbeiterverbande vertretenen Branchen möglichst zusagt und den zukünftigen Verband nicht von Anfang an lediglich zu einer Versicherungseinrichtung für die Wechselfälle des Lebens, sondern zu einem modernen Gewerkschaftsgebilde macht.

Daß in den Diskussionen die Unterstützungseinrichtungen den breitesten Spielraum einnahmen und noch einnehmen werden, ist menschlich begreiflich. Aber man darf dabei niemals vergessen, daß die Gewerkschaften in erster Linie dahin arbeiten sollen, daß ihre Mitglieder in die Lage gesetzt werden, Unterstützungen, besonders Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung so wenig, wie möglich, zu brauchen. Eine Gewerkschaft aber, die den größten Teil ihrer Einnahmen für diese Unterstützungen ausgibt, kann diese Aufgabe niemals erfüllen. Bei den Debatten über den Entwurf innerhalb des Kreises unserer Mitglieder ist zweierlei zu Tage getreten: Der Kampf gegen jede Verringerung der Unterstützungssätze und -dauern und das Verlangen, noch etwas mehr, als unser jetziges Statut bietet, herauszuholen. So verlangen verschiedene Anträge, daß die Unterstützungen von einem kürzeren Zeitpunkt an, als unser Statut vorsieht, gezahlt, daß die Unterstützungssätze noch höher, die Unterstützungsdauern noch länger und die Karenzzeit noch kürzer, als in unserem jetzigen Statut sein sollen. Die weitgehendste Forderung aber ist die auf Beitragsbefreiung beim Unterstützungsbezug. Alle diese Anträge bedingen aber eine ganz erhebliche Steigerung der Ausgaben, für die der Statutenentwurf keine Deckung vorsieht. Auch keiner der Anträge bietet hierfür einen genügenden Ausgleich.

Im Statutenentwurf weicht die Höhe sämtlicher Unterstützungsarten im Verhältnis zu den gezahlten Beiträgen nicht wesentlich von denen, die unser jetziges Statut vorsieht, ab. Die beiden einschneidendsten Änderungen dürften wohl die Verlängerung der Wartezeit beim Bezug von Arbeitslosenunterstützung von 3 auf 6 Tage und die Kürzung der Dauer der Krankenunterstützung sein. Dafür bietet der Statutenentwurf eine Forderung, die besonders unseren Heimarbeitern und Arbeiterinnen zugute kommen dürfte, ferner ein Sterbegeld beim Tode der Ehefrau eines Mitgliedes. Beide Unterstützungsarten kennt unser Statut nicht. Es läßt sich allerdings nicht bestreiten, daß diese beiden für uns neuen Unterstützungsarten kein vollwertiger Ersatz für die Kürzung obengenannter Unterstützungen sind; aber wir können unmöglich verlangen, daß die Bestimmungen unseres Statuts in allen Teilen zuungunsten der Wünsche der Töpfer und Glasarbeiter Geltung erlangen müssen. Unwillen bei einem Teil unserer Mitglieder hat die Bestimmung hervorgerufen, daß

die Feuerunterstützung erst vom 19. Werttage ab gezahlt werden soll. Es wird aber dabei übersehen, daß unser jetziges Statut eine Feuerunterstützung überhaupt nicht vorsieht. Einen weiteren Grund zur Unzufriedenheit bildet die Zusammenlegung der Klassen, so daß die Höhe der Krankenversicherung nicht mehr freiwillig gewählt werden kann. Diese Zusammenlegung wird aber auch, falls es zu keiner Verschmelzung kommt, über kurz oder lang bei uns eingeführt werden müssen.

Die Berechnung der Unterstützungssätze ist im Entwurf nach bestimmten Normen erfolgt, so daß nicht eine Beitragsklasse zugunsten einer anderen in ihren Rechten geschmälert ist. Geringe Abweichungen sind nur getroffen, insoweit sie durch Abrundungen geboten waren.

Als Änderungen den Bestimmungen unseres Statuts gegenüber wäre noch zu erwähnen der Wegfall der Beschwerdekommision und die Nichtgewährung der Entschädigung an die Zahlstellentaxierer aus der Hauptklasse. Die Beschwerdekommision würde bei den jetzigen Befugnissen im neuen Verbande ihre heutige Bedeutung verlieren, weil die Zahlstellenverwaltungen nach dem Entwurf in den meisten Fällen selbst über die Gewährung von Unterstützungen bestimmen sollen. Die Gewährung einer Entschädigung an die Zahlstellentaxierer wurde im Entwurf nicht vorgesehen, weil Töpfer und Glasarbeiter eine solche Bestimmung nicht haben und weil im neuen Verbande eine Besserung der lokalen Klassenverhältnisse zu erwarten ist.

Ueber manche Bestimmung, die der Statutenentwurf enthält, wird sich auf der Generalversammlung reden lassen. Aber zu beachten ist, daß der Zusammenschluß der drei Verbände umso schwieriger wird, je weiter die einzelnen Generalversammlungen mit ihren Beschlüssen auseinandergehen und je weiter diese Beschlüsse vom Statutenentwurf abweichen.

Verbands-Angelegenheiten

Bekanntmachung.

Alle sich gegen den Vorstand richtenden Beschwerden an die Generalversammlung müssen spätestens 8 Tage vor deren Beginn an den Vorstand, desgleichen alle Beschwerden gegen Entscheidungen der Beschwerdekommision in derselben Frist an den Vorstand und an die Beschwerdekommision eingereicht werden.
Der Vorstand.

Zur Beachtung!

Dieser Nummer der Amesse liegt die Statistikkarte für den Monat Mai bei. Die Zahlstellentaxierer wollen diese rechtzeitig ausfüllen und einsenden.

Entscheidungen der Beschwerdekommision.

Sitzung vom 16. Mai 1913.

Die Beschwerde der Mitglieder 31 545 R., 11 827 D. und 18 946 G. sind mit Kenntnisnahme erledigt, da der Vorstand inzwischen die fragliche Unterstützung bewilligt hat. — Das Mitglied 10 421 U. beschwert sich wegen Verweigerung von Umzugskosten. Der Vorstand hatte die Umzugskosten abgelehnt, weil in diesem Falle von einem Ortswechsel nicht gesprochen werden kann, da die beiden Orte zusammenhängen und eine Ortseinheit bilden. Die Beschwerdekommision hat dem Mitgliede die Umzugskosten bewilligt, da nach dem jetzigen Statut eine derartige Beschränkung nicht gerechtfertigt ist. Beschwerden der Mitglieder 6 791 R. sowie 18 499, 26 526 und 34 451 U. wurden zur Kenntnis genommen und vertagt.

Engelb. Bartel, Vorsitzender. Berth. Faulian, Schriftführer.

Situationsbericht. Am Stand des Streits der Brenner in Rös lau, Firma Gebr. Winterling, ist eine Aenderung nicht eingetreten. Zugang ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Die Lohndifferenzen in Arzberg, A.-G. Schönwald, Abteilung Arzberg, befinden sich immer noch in der Schwebe und wollen die Kollegen, insbesondere die Maler, dies beachten.

In Roßel am See, (Oberbayern) befindet sich eine neue Porzellanfabrik, mit der Firma: Bayrische Porzellanwerkstätten, Schmidt & Koch. Dort scheint aber das Geld schon ausgegangen zu sein. Der eine Inhaber ist abgereist, ohne eine Adresse zu hinterlassen, der andere ist der Meinung, daß der „Abgereiste“ die Hälfte der Löhne zu zahlen habe, demzufolge erhält jeder Arbeiter nur die Hälfte des verdienten Lohnes. Für die Kollegen, die dort beschäftigt sind, keine angenehme Situation. Wer sich vor Schaden bewahren will, gehe nicht nach Roßel.

In Großbreitenbach, Firma Wagner & Enders, haben sich die Kollegen mit der Betriebsleitung verständigt, so daß die Differenzen hiermit als erledigt gelten.

In Ohrdruf, Firma Kettner, sind nur einzelnen Brennern Zugeständnisse in der Lohnfrage gemacht worden, und auch diese sind noch so minimal, daß kein Mitglied damit zufrieden gestellt wurde, so daß damit zu rechnen ist, daß sich die Gegensätze verschärfen werden. Bezug nach Ohrdruf ist so lange fernzuhalten, als die Differenzen nicht beigelegt sind.

In Sighendorf, Firma Gebr. Voigt, wollen die Kollegen ebenfalls einige Forderungen einreichen; über den Ausgang werden wir berichten.

In Schönwald, Firma E. & A. Müller, A.-G. sollen Kündigungen von Brennern erfolgt sein, und insolgedessen sich die Verhältnisse wieder sehr zugespitzt haben. Auf jeden Fall müssen wir den Kollegen empfehlen, vorderhand Arbeitsangebote nach Schönwald nicht zu richten.

In Lidköping, (Schweden) Porzellanfabrik, werden Maler gesucht; ein Kollege, der dort gearbeitet, aber infolge der schlechten Verhältnisse nicht auskommen konnte, ersucht uns, die Kollegen vor Annahme von Arbeit in Lidköping zu warnen. Die dort gezahlten Löhne stehen in keinem Verhältnis zu den teuren Lebensverhältnissen. Die Kollegen wollen hiervon Notiz nehmen, und ev. Arbeit in Lidköping nur dann annehmen, wenn vorher ein fester Lohn von nicht unter 30,— Kronen pro Woche für mindestens 1 Jahr kontraktlich festgelegt ist.

In Altwasser, Firma Tielisch, stehen die Fabrikmaurer im Streit, wegen Lohnfragen. Für den Fall, daß die Firma Brenner oder Brennhausarbeiter die gleichzeitig Maurer sind, suchen sollte, machen wir darauf aufmerksam. Altwasser ist ja dafür bekannt, daß unglaublich niedrige Löhne gezahlt werden, und daß, um die niedrigen Löhne erhalten zu können, das Koalitionsrecht der Arbeiter mit Füßen getreten wird. Für Mitglieder ist Altwasser gesperrt; aber auch Unorganisierten, die sich vor Schaden bewahren wollen, kann nur empfohlen werden, nicht nach Altwasser zu gehen.

Joh. Schneider, Verbandschriftführer.

Zur Generalversammlung

Sehen wir den Krebsgang nicht schon lange genug? Mit einem Ja muß man diese Frage beantworten, wenn man in den Verhältnissen der Fabriken näheren Bescheid weiß, oder gar viele Betriebe schon selbst zur Genüge kennt.

Man könnte beinahe sagen, in keiner anderen Branche werden Arbeiter so zum Wandern und Wechseln gezwungen, als in unserem Berufe. Die Lohnreduzierungen im Alfordsystem seitens der Firmen sind es, welche unser Streben hindern. Viele unserer besten arbeitsfrohen Kollegen werden in den daraus entstehenden Differenzfällen gekündigt. Dann sind sie gezwungen, irgend anderswo Arbeit zu suchen, was oft mit recht viel Mühe nach langer Zeit gelingt. Aber unterdessen geraten sie in kümmerliche Verhältnisse. Kollegen, diesen vielen wertigen Kollegen zu Liebe, müssen wir den Statutenentwurf prüfen, ob er uns nicht in notgedrungenen Fällen das noch entzieht, oder kürzt, was doch noch einigermaßen diesen Kollegen zum Fortleben hilft. Das sind die Unterstützungen in Krankheits- und Arbeitslosenfällen. Werte Kollegen! das sollte unsere Hauptaufgabe sein, diese Einrichtung endlich einmal auf dem jetzigen Stand zu belassen und nichts mehr zu reduzieren. Jedem Kranken, sowie Arbeitslosen gebührt vom ersten Tage ab seine Unterstützung.

Wollen wir eine soziale Organisation schaffen mit der Verschmelzung, an der jeder Kollege mit Freuden hängt und Lust zum Agitieren hat. Aber nicht, daß er sich sagen muß, er ist selbst nicht zufrieden mit dieser Einrichtung. Wenn dahin gearbeitet wird, muß es zu einer guten, festen Organisation führen.

Delegierte, die Ihr mit in den Betrieben arbeitet, Ihr kennt die Verhältnisse. Denkt in den Generalversammlungen an Eure Kollegen zurück, welche oft in ungesunden Räumen ihre Arbeit verrichten müssen. Johann Steinel, München.

Zur Verschmelzung!

Die Frage der Verschmelzung als auch der Statutenentwurf scheinen in allen drei Verbänden eine gewisse Gegnerschaft ausgelöst zu haben. Bisher hatte man bei unseren Kollegen weniger von einer Opposition vernommen, einige Stimmen der letzten Zeit lassen darauf schließen, daß es einen großen Teil Kollegen geben mag, die mit vielem nicht einverstanden sind, ja denen eine Verschmelzung der drei Organisationen direkt unympathisch ist. Es kann mich nicht auf den Standpunkt des Kollegen Siebig stellen, welcher meint, weil sich

feinerzeit die Union nicht lebensfähig erwiesen hat, müßte dieses auch bei dem zu gründenden Keramarbeiterverband der Fall sein. Wir müssen doch nicht vergessen, es waren damals junge Organisationen, die sich in der Union vereinigten. Der organisatorische Gedanke war bei der Masse der Kollegen, doch auch nicht in dem Maße ausgeprägt, wie es heute der Fall ist, mit einem Wort, es herrschte unter den Kollegen aller Berufe ein gewisser Branchenstolz. Dieser Stolz dürfte durch unsere wirtschaftliche Entwicklung doch um ein bedeutendes zurückgedrängt worden sein. Die Erkenntnis, daß eine Besserstellung der einzelnen Existenz ohne die Hebung der Gesamtheit der Arbeiterschaft eine Unmöglichkeit ist, dürfte heute mehr Gemeingut in den Köpfen unserer Kollegen sein, als seinerzeit. Schon deswegen glaube ich, daß im neuen Keramarbeiterverband alle kleinlichen Eifersüchteleien nicht auskommen können. Es ist richtig, daß bei der Verschmelzung unsere Kampfesfront verbreitert wird, trotzdem gewinnen wir doch an größerer Sicherheit. Der größeren Masse gegenüber sind die Unternehmer nicht leicht, sondern recht schwer unter einen Hut zu bringen, so sind doch aber die Interessen dieser drei Industriegruppen so verschiedener Natur, daß es kaum anzunehmen ist, daß alle drei Unternehmergruppen zur Aussperrung kommen werden. Größere Kämpfe werden uns in der Zukunft nicht erspart bleiben. In diesen Kämpfen wird es dann gut sein, wenn Arbeiter hinter uns stehen, deren Unternehmer am Kampfe nicht interessiert sind. Sowie die Porzellanarbeiter hoffen, daß sie eine Rückendeckung gewinnen, genau so verhält es sich mit den anderen beiden Gewerkschaften. Auch sie können nur eine größere Sicherheit gewinnen durch den Zusammenschluß. Wie das Wirtschaftsleben alle kleinen Formen der Produktion verdrängt durch große Unternehmungen, die auf weiterer Grundlage aufgebaut sind, ebenso wird auch die Gewerkschaftsbewegung dem Zuge der Zeit ihren Tribut leisten müssen, indem sich die kleinen Gewerkschaften zu möglichst großen Industrieverbänden zusammenschließen. Ob dann der Keramarbeiterverband in späteren Jahrzehnten einer nicht noch größeren Organisation weichen wird, läßt sich heute noch nicht mit Bestimmtheit beantworten. Das Wort, daß es besser ist, wenn 80—90 Prozent aller Berufsangehörigen organisiert sind, als wenn dieses nur bei einem kleinen Bruchteil der Fall ist und dieser Bruchteil einem großen Industrieverband angehört, ist gut. Ich bin ganz dieser Meinung, glaube aber, daß die größere Organisation die Agitation besser ausbauen kann, sie somit mit größerer Leichtigkeit einen größeren Prozentteil der Berufskollegen der Organisation zuführen kann.

Betreffs der Unterstützungsfrage bin ich der Meinung, daß die Arbeitslosenunterstützung etwas zu weit herabgesetzt wurde. Es dürfte durchaus nicht am Plage sein, bei dieser Unterstützungsart den Schnitt so tief zu machen. Man sollte es ruhig bei den Unterstützungsätzen belassen, wie wir sie zur Zeit haben. Es war notwendig, daß unsere letzte Generalversammlung mit den hohen Unterstützungsätzen, die in gar keinem Einklang mit der Beitragsleistung standen, aufräumte. Ich glaube, die Porzellanarbeiter haben doch großes Entgegenkommen bewiesen, nun sollte man aber auch Halt machen. Eher brauchten die Krankenunterstützungen nicht die Höhe zu haben, wie sie im Statut vorgesehen. Man muß doch im Auge behalten, daß jede Kollegin und jeder Kollege einer Betriebs- oder Ortskrankenkasse angehört, zudem sind viele Mitglieder in Zuschußklassen. Für Krankenunterstützung ist meistens genügend gesorgt. Sollten manche Betriebsklassen nicht entsprechend eingerichtet sein, so möchten doch die Kollegen Sorge tragen, daß eine höhere Beitragsleistung sowie auch höhere Unterstützungen einreten. Bei der Krankenunterstützung haben wir es in der Hand, die Unternehmer zur Beitragsleistung mit heranzuziehen, daß Gesetz steht hier auf unserer Seite, indem das Kapital verpflichtet ist, für den erkrankten Arbeiter einen Teil der Sorge für seine Pflege während der Krankheit mit zu übernehmen. Hingegen die Arbeitslosigkeit ist heute noch immer das Gebiet, auf dem der Arbeiter allein auf sich angewiesen ist. Wer viel der Arbeitslosigkeit ausgegesetzt ist, für den kann es geradezu eine Existenzvernichtung sein. Ich kann mich daher mit einer nochmaligen Herabsetzung nicht gut befreunden, trotzdem ich bisher für eine niedrigere Arbeitslosenunterstützung eintrat. Es wäre ja am Statut noch manches zu kritisieren, will es jedoch unterlassen, weil ich sowie so schon einen ziemlich großen Raum in Anspruch nehme. Bemerken will ich jedoch, daß der Statutenentwurf im großen und ganzen nur befriedigen kann. Hugo Bleier, Tirschenreuth.

Der Statutenentwurf liegt nunmehr seit einigen Wochen vor, doch ist ihm immer noch keine Begründung der Einzelheiten seitens des Vorstandes gefolgt. Etwas besser steht es bei den Glasarbeitern. Der „Fachgenosse“ brachte wenigstens einen Artikel, der zu den Punkten, die am meisten angegriffen waren, Stellung nahm. Der „Fachgenosse“ meinte, über einen Verbandsauschuß, oder eine Beschwerdekommision, wie es bei uns heißt, werde der gemeinsame Verbandstag schon mit sich reden lassen. Ein Antrag der Zahlstelle Frelenoria wird Gelegenheit geben, schon auf unserer Generalversammlung bereits energisch zu fragen, wie die Vorstände überhaupt dazu kommen, diese Einrichtung im Entwurf fehlen zu lassen. Auch sonstige Punkte passen ganz gut zu einer möglichst un-demokratischen Organisation. § 20 sagt, daß der Verbandsvorstand aus 5 Beamten und 6 anderen Mitgliedern bestehen soll. Entweder muß, wenn das demokratische Prinzip gewahrt bleiben soll, im Vorstand getrennt abgestimmt werden, oder die Beamten dürfen nicht mehr wie ein Drittel des Vorstandes ausmachen.

Der Zweck des Verbandes ist in § 2 ganz annehmbar dargestellt. Doch will ich das Hauptgewicht auf Absatz a und b gelegt wissen. In diesen beiden Punkten sind uns die Löhner und die Glasarbeiter offenbar voraus. Die wirtschaftliche Entwicklung können wir nicht aufhalten, sondern müssen sie ausnützen. Der Mehrertrag der Arbeit, der durch die Arbeitsteilung und die Maschinen erzielt wird, muß der arbeitenden Menschheit in Form von Verkürzung der Arbeitszeit und in größerem Anteil an den Kulturwerten zugute kommen. Dies zu erreichen, dazu soll der neue Verband sein Teil beitragen. Die dazu notwendige Kampffähigkeit wird aber nur gefördert, wenn die einzelnen Branchen beim Zusammenschluß gut zusammen arbeiten. Dieses Zusammenarbeiten wird aber durch die Stellung, die die Ofenseher im Entwurf einnehmen, sehr in Frage gestellt. Besser wäre jedenfalls eine Bestimmung, die Beitragsleistung und Unterstützung für die Ofenseher in gleicher Höhe, wie die der übrigen Kategorien, aber nur während der Saison vorsteht. Auf diese Art dürfte leichter ein guter Zusammenschluß zu erreichen sein. Dann wäre auch der Weg zum Anschluß an den Steinarbeiterverband geebnet. Die Unterstützungseinrichtungen stehen nicht im Gegensatz zur Kampffähigkeit, weil sie gerade dem einzelnen ermöglichen, unbesorgt um die Drohungen der Unternehmer, für bessere Verhältnisse zu kämpfen. Bezüglich der Dauer der Unterstützung ist in Betracht zu ziehen, daß sie in den meisten Fällen nicht bis zum Ablauf in Anspruch genommen wird. Mehr als die Höhe der Unterstützung, ist deren Dauer wichtig. Je länger die Unterstützungsdauer, dessen widerstandsfähiger macht sie den Einzelnen.

Ein höheres Gewicht, als bisher, ist auf die Arbeitsvermittlung zu legen. Dadurch würden sich die Unterstützungseinstellungen von selbst verkürzen. Die Unterstützung sollte bei Maßregelungen und bei Krankheit vom 2. Tage an beginnen. Ebenso ist ein Zuschuß für Kinder bei Arbeitslosenunterstützung zu empfehlen, da verheiratete Mitglieder in der Regel seltener arbeitslos werden, als ledige. Auch sollten die unteren Beitragsklassen im Verhältnis zu den oberen etwas besser gestellt werden. Wenn die Einführung der Lokalbeiträge in ausgedehntem Maße erfolgt, so kann hierdurch die Unterstützung in weiterem Maße ergänzt werden. Um aber den Lokalbeiträgen eine sichere und dauernde Zustimmung zu sichern, sollte bestimmt werden, daß sie nur mit Dreiviertelmehrheit beschlossen, mit einfacher Mehrheit jedoch ermäßigt, oder abgeschafft werden können.

J. Hegmann, Frelenoria.

Dürfen Verbandsbeamte als Delegierte gewählt werden? Schon jahrelang wurde darauf hingewiesen, daß es nicht richtig sei, daß Arbeitersekretäre, Kassenbeamte usw. als Delegierte zur Generalversammlung gewählt werden. Auch zur letzten Generalversammlung äußerten sich einige Redner abfällig über solche Delegationen. Die Zahlstelle Selb ist aber bedeutend weiter gegangen. Sie hat unsere Verbandsbeamten als Delegierte. Jedenfalls überlegen sich diese Wähler nicht, was sie tun. Sollte hier das Schwere über die Selber betriebsräte angebracht sein? Die Generalversammlung wird zur Phrase, wenn diese Maßnahme finden sollte. Die Delegierten einer Generalversammlung stehen doch über den Beamten. Sie fungieren als Richter und üben Kritik an der Tätigkeit der Beamten. Wie kann man also Verbandsbeamte als Delegierte wählen?

Doch die Sache liegt etwas anders. Die Zahlstelle Selb hat bekanntlich zwei Lokalbeamte. Die Wahl der Beamten

wurde vom Hauptvorstand vorgenommen. Die Zahlstelle Selb hatte lediglich das Vorschlagsrecht. Dieses wurde hauptsächlich bei Anstellung des zweiten Beamten betont. Der Hauptvorstand setzt die Höhe des Gehalts fest und wird dieses aus Verbandsmitteln bezahlt. Dazu werden die 4% Entschädigung des Kassierers mit verwendet. Für die Beamten werden die Beiträge zur Unterstützungsvereinigung der in der Arbeiterbewegung tätigen Angestellten, sowie die Beiträge zur Privatbeamten-Versicherung aus Verbandsmitteln bezahlt. Die hiesigen Verbandsbeamten wurden auch nach anderen Zahlstellen gesandt, um dort Verbandsangelegenheiten zu ordnen.

Doch jetzt kommt es anders. Anlässlich einer Anfrage stellt sich der Hauptvorstand plötzlich auf den Standpunkt: „Die zwei Kollegen in Selb sind keine Verbandsbeamte, sie sind von der Zahlstelle Selb angestellt. Der Verband leistet zum Gehalt lediglich einen Zuschuß, welchen die Zahlstelle später selbst aufbringen muß. Die Beamten können als Delegierte gewählt werden.“ Auch auf die Gefahr hin, daß in einer Zahlstelle von über 1600 Mitgliedern die laufenden Geschäfte auf die Dauer von über einer Woche unerledigt bleiben?

Nachdem ich obiges anführte, stelle ich die Frage: „Wie urteilen hier die Verbandsmitglieder? Sind die zwei Kollegen Verbandsbeamte oder nicht? Sind sie dieses, kann man sie dann als Delegierte wählen? Doch noch etwas anderes. Die zwei Kollegen in Selb besitzen keinen Vertrag! Nach der Meinung des Hauptvorstandes sind es keine Verbandsbeamten. Sie unterliegen also einer alljährlichen Wiederwahl, können auch unter dieser Zeit entlassen werden. Vielleicht können sie dann in ihrem alten Beruf wieder Arbeit erhalten, vielleicht auch nicht. Dürfen solche Zustände in einer modernen Arbeiterorganisation bestehen bleiben? Darüber haben die Delegierten zu entscheiden.“ Adolf Meier, Selb.



Porzellanfabrikation in Brasilien. Die in Sao Paulo erscheinende „Deutsche Ztg.“ schreibt: Der Bedarf an Porzellanwaren ist in Brasilien mit dem steigenden Reichtum, mit der damit verbundenen Zunahme des Luxus und nicht zum wenigsten dank dem Einfluß der in immer größerer Anzahl ins Land kommenden Ausländer in stetem Wachsen begriffen. Da aber der Einfuhrzoll auf Porzellan sehr hoch ist, so sind der Kauflust enge Schranken gezogen. Nun gibt es in Brasilien selbst an vielen Stellen ausgezeichnete Kaolinerde und schon mehr als einmal ist der Versuch gemacht worden, Porzellan im Lande herzustellen. Der Chemiker Joao Manso Beretra stellte bereits zu Ende des 18. Jahrhunderts mit Kaolin von Paqueta oder der Ilha do Governador zwei Tafelgeschirre her, die in Lissabon ausgestellt und bewundert wurden. Auch im Paultaner Staatsmuseum in Spiranga wird Porzellan brasilianischer Erzeugung aufbewahrt. Jedoch ist es niemals zum Großbetrieb gekommen, offenbar weil die Verhältnisse früher nicht günstig genug lagen. Nun soll in Rio Grande do Sul ein Versuch im Großen gemacht werden. Unter der Regide der Firma Bromberg & Co. hat sich in Porto Alegre eine Aktiengesellschaft für Porzellanfabrikation gebildet, deren Kapital 250 Contos beträgt. Die Fabrik soll in Rio Prado errichtet werden und das Rohmaterial werden die Kaolinlager in Capivary liefern. Kaolin von dort ist schon tonnenweise nach Europa exportiert und dort als ganz ausgezeichnet anerkannt worden. Wenn auch der, wie gesagt, steigende Bedarf an Porzellanwaren und die hohen Schutzzölle der Fabrik lohnende Beschäftigung garantieren, so darf man doch auch die Schwierigkeiten nicht verkennen, die die Arbeiterfrage bietet. Bis auf weiteres wird die Fabrik auf im Auslande engagierte Arbeiter angewiesen sein.

Der Auslandsabsatz der Porzellanfabriken weist auch im neuen Jahre eine bedeutende Belebung auf. Im Januar 1913 versandte die deutsche Porzellanindustrie 42 282 Doppelzentner ihrer Produkte ins Ausland gegen 33 918 Doppelzentner im entsprechenden Monat des Vorjahres. Dem Werte nach ergab sich eine Steigerung von 3,30 Millionen Mark auf 4,05 Mill. Mark. Im nämlichen Monat des Jahres 1907 waren 33 222 Doppelzentner deutsches Porzellan exportiert worden. An der kräftigen Steigerung des Berichtsmontats hatten alle Gruppen von Erzeugnissen teil. So stieg die Ausfuhr von Porzellanisolatoren für Telegraphen- oder Fernspreckleitungen gegen Januar 1912 um 1954 Doppelzentner auf 6710 Doppelzentner. Hauptsächlich erhöhten sich die Lieferungen an die Schweiz

und nach Italien, während die Bezüge Großbritanniens noch eine Verminderung aufweisen. Farbige Porzellan, insbesondere Tafelgeschirr ging im Berichtsmonat 26 825 Doppelzentner aus Deutschland an den Weltmarkt, d. i. über 4500 Doppelzentner mehr als im Januar 1912. Der Wert dieser Sendungen erhöhte sich von 2,06 auf 2,35 Millionen Mark. Nach Großbritannien wurden im Januar d. J. 4258 Doppelzentner der wichtigsten Produkte ausgeführt; die Vereinigten Staaten erweiterten ihre Bezüge von 7247 Doppelzentner auf 8769 Doppelzentner. Demnächst kamen bedeutende Quantitäten nach Niederländisch-Indien, Belgien und Holland. Schließlich hat auch der Export von Biergefäßen, Figuren und ähnlichen Luxusgegenständen zugenommen. Von diesen Qualitätszeugnissen kaufte das Ausland in der Berichtszeit 4548 Doppelzentner in Deutschland gegen 3901 Doppelzentner im Vorjahr. Auch hier kamen vor allem Großbritannien und die Vereinigten Staaten mit gesteigertem Bedarf an den Markt. Wie die Dividendenvorschläge, die in den letzten Wochen bekannt wurden, erweisen, hat sich die Lage der Porzellanfabrikation im Jahre 1912 wieder lebhaft gebessert. Die aufwärtige Entwicklung der genannten Industrie hält schon länger an. Im Jahre 1912 wurden insgesamt 27 Bilanzen von Aktienunternehmungen der Porzellanindustrie bekannt, deren Nominalkapital seit dem vorigen Abschluß von 33,20 auf 33,55 Millionen Mark gestiegen war. Die Dividendensumme wuchs von 2,64 auf 3,15 Millionen Mark, d. h. die Durchschnittsdividende im deutschen Porzellan-gewerbe erhöhte sich von 7,9 auf 9,4 Prozent.

Die Nummer 19 des „Porzellan-Arbeiter“ wurde wieder konfiszieren. Es ist dies innerhalb weniger Wochen die zweite Beschlagnahme. Der Konfiskation verfiel der Artikel: „Die Mütter und der Militarismus“, welcher sich in ruhigen und sachlichen Worten mit der leichtfertigen Verschleuderung des Volksvermögens an Gesundheit und Reichtum beschäftigt. Was in diesem konfiszieren Artikel gesagt wird, entspricht der un-erträglichsten, also reinsten Wahrheit und wird diese kein Mensch hinwegwischen können.

Neuhaldensleben. Wie schon so oft, müssen wir auch jetzt wieder einmal vor der bekannten Firma Hubbe die Kollegen warnen. Denn in der Fabrik von Hubbe sind jetzt wieder Zustände eingetreten, wie sie wohl einzig dastehen. Haupt-sächlich bestehen in der Dreherei die traurigsten Löhne. Es ist schon vorgekommen, daß Familienväter mit einem Wochen-lohn von 2,52, 5,60 und 6,67 Mt. nachhause gehen mußten. Auch herrscht in diesem Betriebe ein steter Beamtenwechsel, so z. B. sind im Laufe von 6 Wochen erst 3 Oberdrehler nach-einander in Tätigkeit gewesen. Den Drehern wird das Leben hier durch öftere Betriebsstörungen, Nachsehen der Ware und Defektabzug schwer gemacht. Doch für saubere und ge-nügende Masse sorgt die Firma nicht, weil es eventuell am Besten fehlt. Unter anderen ist erst vor kurzem auch der lang-jährige Modelleur entlassen worden und an dessen Stelle ein Formgießer getreten, der Formen gießt, die sehr gut zum Wege ausbessern taugen. Er ist natürlich auch der Sohn eines Beamten und da geht das schon mal. Ebenso gehört das Abliefern der Ware wohl zum schlimmsten, was es gibt. Es sind Dreher da, die ihre Ware von einem Bau zum an-deren ca. 150—200 Schritt weit tragen müssen, und wenn sie garniert ist, so tragen sie dieselbe wieder nach dem anderen Bau zum Abliefern zurück. Am Sonnabend, den 17. Mai wurden wieder 5 organisierte und 1 unorganisierte Kollege ohne stichhaltigen Grund entlassen. Am Montag darauf wurde bereits wieder ein Dreher eingestellt. Aus allen diesen an-geführten Mißständen werden die Kollegen ersehen, daß in Neuhaldensleben bei der Firma Hubbe nichts zu holen ist und wir ersuchen daher alle Kollegen, das Eldorado Hubbe in ihrem eigenen Interesse strengstens zu meiden.

Weißwasser. Recht sonderbare Verhältnisse scheinen in der Porzellanfabrik August Schweig & Co. m. b. H. zu herrschen. Daß Herr Schweig nicht besonders gut auf die Organisation zu sprechen ist, das beweisen die vielen Differenzen mit seinen Arbeitern. So werden z. B. die Isolatoren Nr. 2 in hiesiger Fabrik schon 70 Pf. pro Hundert billiger hergestellt wie in allen anderen Fabriken, trotzdem die technischen Einrichtungen weit schlechtere sind, als auf anderen Werken. Vor allem findet es Herr Schweig nicht für notwendig, bei Festsetzung von Akkordlöhnen mit seinen Arbeitern zu verhandeln, er be-hauptet in dieser Hinsicht den echten Herrenstandpunkt. Sollte es nun gar einer von seinen Arbeitern wagen, ihm zu wider-sprechen, dann gibt es nur eine Losung bei Herrn Schweig, und das ist die, daß der Betreffende ohne weiteres gekündigt wird, was auch am letzten Sonnabend wieder der Fall war.

Eine sehr hilfsbereite Person scheint Herr Schweig in der Person des Betriebsleiters Herrn Graa gefunden zu haben, welcher sehr bemüht ist, andere Verhältnisse hier einzuführen. Vor allem sind diesem Herrn die Löhne der hiesigen Porzellan-arbeiter viel zu hoch. Dieser Herr scheint zu glauben, die-selben Verhältnisse einführen zu können, wie sie in seinem letzten Aufenthaltsort in Thüringen existieren, wo die Arbeiter noch für ein Butterbrot arbeiten. Es gehört wirklich viel Mut dazu, über hohe Löhne der Arbeiter zu reden, zu einer Zeit, wo sämtliche Lebensmittel und Bedarfsartikel im Preise ge-stiegen sind. Das eine kann sich aber der Herr Betriebsleiter merken, daß die hiesigen Porzellanarbeiter ganz energisch gegen solche Lohnrückerei Front machen werden. Auch die Arbeiter haben Anspruch darauf, daß ihre Arbeit, welche doch gerade aufreibend und gesundheits-schädlich genug ist, menschenwürdig entlohnt wird. Es dürfte vor allem an der Zeit sein, daß unter den hiesigen Isolatordrehern mehr Einigkeit herrscht, um so der Willkür des Unternehmers jederzeit gewappnet ent-gegentreten zu können. Vor allem aber sei die auswärtige Arbeiterschaft vorsichtig mit Arbeitsangeboten bei dieser Firma. Wer sich vor Schaden wahren will, der erkundige sich vor Arbeitsannahme in dieser Fabrik beim hiesigen Vertrauens-mann.

Hus anderen Verbänden

Abbruch des Bergarbeiterstreiks in Oberschlesien. Der am 19. April von der Polnischen Berufsvereinigung begonnene Streik der oberschlesischen Bergarbeiter ist nach einer drei-wöchigen Dauer und musterhaften Haltung der Streikenden am Vorabend des Pfingstfestes zusammengebrochen.

Mehr als 70 000 armer flüchtiger Bergarbeiter, lauter gute Christen, stellten die Arbeit ein, nachdem alle ihre Wünsche auf Aufbesserung ihres lärglichen Lohnes brutal abgelehnt waren. Sie wollten durch den Streik ihre hochfeudalen, schwe-reichen, patentchristlichen „Brotgeber“ zwingen, wenigstens einen Teil der Forderungen zu erfüllen. Standhaft ertrugen sie den Hunger mit ihren Familien, führten sich musterhaft, aber die christlichen Grubenmagnaten kannten kein Erbarmen. Hochend auf die Millionen, die sie seit Jahren und Jahr-zehnten aus diesen armen Bergslaven herausgepreßt haben, lehnten sie nicht nur alles ab, sondern drohten ihren Landes-kindern und Glaubensgenossen mit Brotlosmachung, Ent-ziehung der herrschaftlichen Wohnung, der Deputatlohlen und anderer magnatischer „Wohltaten“, falls sie nicht sofort und be-dingungslos zur Grube zurückkehren würden. Und die Regierung, die doch die Armen und Schwachen gegen die Mächtigen schützen soll, entsandte Gendarmen und Polizisten in großer Zahl, zum Schutze der Magnaten.

Die polnische Berufsvereinigung, die den Kampf ohne Rücksprache mit den anderen Verbänden einleitete, und die trotz dringenden Abraten des Vertreters des Bergarbeiter-verbandes, den Streik beschloß, hat ein leichtfertiges Spiel mit den Arbeitern getrieben. Sie haben ihnen zuviel ver-sprochen und davon gar zu wenig gehalten.

Der Verbandstag der Maler hat den Schiedspruch im Malergewerbe mit 86 gegen 13 Stimmen angenommen. Eben-falls wurde der Schiedspruch von den Unternehmern, wenn auch mit sehr geringer Mehrheit, angenommen. Damit dürfte der Kampf im Malergewerbe beendet sein.

Der Textilarbeiterverband im Jahre 1912. Die Lebens-mittelteuerung hat auf die Textilindustrie eine ungünstige Wirkung ausgeübt. Die Kaufkraft der breiten Massen war geschwächt, weshalb die Textilindustrie von einer Hochkon-junktur nicht berichten konnte. Trotzdem stieg die Mitglieder-zahl von 131 427 auf 142 634. Von dieser Mitgliederzahl entfiel die Summe von 54 750 auf weibliche Mitglieder. Der Massenbestand stieg von 1 464 000 auf 1 694 000 Mark.

Der 15. Verbandstag der Deutschen Gewerksvereine wurde Mitte Mai abgehalten. Etwas Besonderes hat die Tagung nicht gebracht. Von den Referaten ist das des Abgeordneten Weinhausen zu erwähnen, der den Staatsarbeitern den Ge-werkverein empfahl, weil dieser auf das Streikrecht in den „gemeinnötigen“ Betrieben verzichte.

Der Verband der Stein- und Keramarbeiter der Schweiz tagte am 11. und 12. Mai in Biel. Als wichtigster Beschluß des Kongresses ist die Beitragserhöhung um 10 Cents für männliche und um 5 Cents für weibliche Mitglieder zu ver-zeichnen. Die Einführung einer Krankenzuschußklasse, sowie einer Erwerbslosenklasse wurden abgelehnt. Beschlossen wurde

ferner, auf dem nächsten Kongreß eine vollständige Statutenrevision vorzunehmen. Lehrlinge und jugendliche Arbeiter werden von jetzt ab ebenfalls als Mitglieder aufgenommen. Nach einer Reihe verwaltungstechnischer Beratungen wurde zum Vorort wieder Zürich bestimmt.

Zum Krefelder Färberstreik. Seit 13 Wochen wird nun der Kampf der Seidenfärber des Niederrhein um Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne geführt. Der infame Verrat der christlichen Führer verhinderte einen schnellen Sieg der Arbeiter. Die Unternehmer versuchen mit allen Mitteln Arbeitswillige heranzuziehen. Die aus Hamburg herbeigeholten Hingegardisten können selbstverständlich nichts nützen. Das Seidenfärben erfordert gelernte Arbeitskräfte. Auch die wenigen christlichen Färber sind nicht imstande, durch ihren Streikbruch den Unternehmern genügend Ersatz zu bieten. Die Arbeiter werden deshalb mit Briefen bombardiert, durch welche jeder einzelne um Wiederaufnahme der Arbeit ersucht und dauernde Entlassung im Falle der Ablehnung angedroht wird. Auch der christliche Textilarbeiterverband läßt kein Mittel unversucht, um den Sieg der Unternehmer herbeizuführen. Man bezahlt aus der Verbandskasse die Reisekosten für diejenigen außerhalb Krefelds wohnenden Mitglieder, welche gewillt sind, Streikbrecher zu spielen. Der angehende Streikbrecher bekommt eine Karte mit genauer Anweisung der Arbeitsstelle und des zu benutzenden Zuges. Dabei wird den Leuten eingeredet, daß ihr Handeln Streikbruch nicht darstelle.

Im Baugewerbe ist endlich doch eine Einigung erzielt worden. Ein außerordentlicher Verbandstag der freiorганиsterten Bauarbeiter hat nach ziemlich erregter Diskussion über die winzigen Erfolge die Schiedsprüche der Unparteiischen mit 296 gegen 96 Stimmen angenommen; ebenso die Zimmerer mit 102 gegen 35 und eine Generalversammlung der Christlichen. Trotzdem der Unternehmerverband von diesen Resultaten Kenntnis hatte, versuchte er nochmals, an die Schiedsprüche Bedingungen zu knüpfen, die es den Arbeitern unmöglich machten, darauf einzugehen. Eine Delegation des Bauarbeiterverbandes und des christlichen Verbandes zu den Unternehmern nach Leipzig hatte den Erfolg, daß der Arbeitgeberbund seinen Beschluß, die Löhnerhöhung erst nach Unterzeichnung des Hauptvertrages zu zahlen, einer wesentlichen Korrektur unterzog. Nach einer längeren Aussprache kam die Delegation mit den Unternehmervertretern zu folgendem Ergebnis: Man ist sich darin einig, daß durch die Zustimmung der Generalversammlung der Abschluß des Hauptvertrages sichergestellt ist; ferner, daß die Löhnerhöhung nach den Vorschlägen der Unparteiischen sofort gezahlt wird.

Aufforderung zum Terrorismus. Der Verband der Fabrikarbeiter hatte vor einigen Tagen für die Arbeiter der Papierindustrie eine Konferenz einberufen, über welche die Parteipresse berichtete. Das hat sofort die Berufsorganisation der Unternehmer auf den Plan gerufen. Der Arbeitgeberverband Deutscher Papier- und Zellstofffabrikanten hat unter dem 20. Mai ein Zirkular an die Papierindustriellen gerichtet, in welchem die Unternehmer aufgefordert werden:

zu untersuchen, ob beurlaubte Arbeiter den bewilligten Urlaub etwa zur Teilnahme an den Dresdener Beratungen benutzt haben, und ihre weiteren Maßnahmen danach zu treffen.

Die Arbeiter, die es wagten, für ihre Klasseninteressen einzutreten, sollen also brotlos gemacht werden.

Vom dänischen Gewerkschaftskongreß. In der Zeit vom 23.—26. April fand in Kopenhagen der Kongreß der dänischen Gewerkschaften statt, an dem etwa 400 Delegierte sowie Vertreter der Gewerkschaften in Norwegen, Schweden und Deutschland teilnahmen. Nach dem Bericht, den der Vorsitzende Madsen gab, ist die verflissene dreijährige Gewerkschaftsperiode von großem Erfolge für die Gewerkschaften Dänemarks begleitet gewesen. Mit weit überwiegender Majorität wurde beschlossen, an den organisatorischen Grundlagen der dänischen Gewerkschaften keine Änderungen vorzunehmen, sondern die bisherige Organisationsform, wie auch die obligatorische gegenseitige Streitunterstützung auch für die Folge aufrecht zu erhalten. Bei der Auffassung der obligatorischen Streitunterstützung wurden nur vereinzelte Stimmen abgegeben. Dagegen fand die syndikalistische Propaganda die fast einstimmige Zustimmung durch den Kongreß.

Der Kongreß beschäftigte sich weiter mit der Arbeitslosenversicherung, Strafgesetzgebung, mit dem Bildungswesen der Arbeiter, mit der genossenschaftlichen Bewegung und einigen internen gewerkschaftlichen Angelegenheiten.

Ueber die Wandlung der Gewerkschaftstaktik schreibt Heinrich Stühmer, der Vorsitzende des Schneiderverbandes, in den „Sozialistischen Monatsheften“ vom 13. März dieses Jahres: „Dem aufmerksamen Beobachter der gewerkschaftlichen Kämpfe kann es nicht entgangen sein, daß diese sich jetzt in anderen Formen abspielen als früher, und daß sich jetzt das Bestreben zeigt, die großen, umfangreichen Kämpfe möglichst zu verhüten. Dies ist ganz besonders in diesem Frühjahr der Fall: In mehreren Industriezweigen, die zusammen Hunderttausende von Arbeitern umfassen, wurden gleichzeitig Verhandlungen gepflogen, um einen gütlichen Ausgleich zu erzielen. Die Zentralisationsbestrebungen der Unternehmerverbände, die auf die der Arbeiterorganisationen folgten, haben bewirkt, daß die wirtschaftlichen Kämpfe nicht mehr mit dem einzelnen Arbeitgeber und für den einzelnen Ort, sondern für große Bezirke und sogar für das ganze Reich zu gleicher Zeit geführt werden. . . . Daß Unparteiische jetzt so häufig zur Schlichtung von Lohnstreitigkeiten angerufen werden, hat folgende Ursache: Trotz der auch von ihnen anerkannten Verteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse machen die Arbeitgeber immer nur so geringe Angebote, daß die Arbeiter sich mit ihnen nicht zufrieden erklären können. Streik und Aussperrung würde die sofortige Folge sein, wenn die Parteien keine weitere Vermittlung wollten. Zu dieser aber sind sie deshalb so sehr geneigt, weil mit dem wachsenden Umfang der Lohnkämpfe auch die Verantwortung beider Parteien immer größer geworden ist. Freilich wird das Resultat dieser Schiedsprüche wohl in den seltensten Fällen die Parteien ganz befriedigen.“

Abfindungen für Unfallrenten. Der Bundesrat hat unter dem 21. Dezember 1912 eine Bekanntmachung über die Abfindungen von Unfallrenten beschlossen, die jetzt im Zentralblatt für das Deutsche Reich Nr. 1 veröffentlicht wird. Danach erfolgt die Berechnung des Abfindungskapitals (an Stelle der laufend zu gewährenden Unfallrente zahlbar) bei Renten der Unfallverletzten in folgender Weise: Wenn die Abfindung im Laufe eines Jahres, vom Unfalltag an gerechnet, erfolgt, so ist das Vierfache der Jahresrente zu zahlen. Erfolgt die Abfindung später, so richtet sich das Abfindungskapital nach dem inzwischen erreichten Alter des Verletzten und der seit dem Unfalltag verfloßenen Zeit. Für diese Berechnung und für die Berechnung der Abfindungen der Hinterbliebenen sind eine Anzahl versicherungsmathematischer Tabellen aufgestellt worden.

Australien. Die Industrialisierung des Landes schreitet auch in Australien rasch fort, wie aus der Fabrikstatistik hervorgeht. Danach vermehrten sich die Fabriken von 1909 bis 1911 von 13 197 auf 14 528; die Zahl der Arbeiter stieg von 266 418 auf 311 772, der Wert der Fabrikation von 107 auf 133 Millionen Pfund Sterling, die Löhne von 21,1 auf 27,5 Millionen, der Rohgewinn von 18,8 auf 23,8 Millionen Pfund Sterling, d. i. 35 Prozent im Durchschnitt.

Versammlungs-Berichte etc.

Dresden. Am 26. April hielten unsere Mitglieder ihre Quartalsversammlung ab. Leider war der Besuch nicht der Tagesordnung entsprechend. Aus der Mitte der Versammlung stellte man das Verlangen, die Versammlung zu vertagen. Ahlmann wendete sich dagegen und dem wurde auch Rechnung getragen.

Ahlmann gab den Bericht über das 1. Quartal. Er bemängelte vor allem, daß wir hier in Dresden soviel Restanten haben. Er empfahl, sich mit dieser Frage in den Branchenversammlungen einmal ernstlich zu befassen. Die Verwaltung habe beschlossen, daß sie sämtliche Restanten allmonatlich allen Branchenleitungen schriftlich bekanntgeben werde.

Bewegungen hatten wir nur eine im Quartal zu führen und zwar mit den Kapselreformern. Sie beanspruchten eine tägliche Reinigung ihrer Arbeitsfälle nach Feierabend auf Kosten der Firma, die Anbringung einer Ventilation im alten Saale und die Reparatur der Blätterpressen. Diese Wünsche wurden erfreulicherweise erfüllt.

Ahlmann besprach dann weiter die Agitation, wie sie für uns durch die örtlichen Verhältnisse bedingt ist. Er verlangte, daß jeder Kollege sich zur Verfügung stelle und vor allem sich bestrebe, Adressen für die Agitationskommission zu sammeln. Zum Schluß wies er noch auf die Verhältnisse in der Altstadt Malerei hin. Mit dieser müssen wir uns im laufenden Jahre ernstlich befassen. Ein großer Teil der Heimarbeiter verkennt vollständig ihre Lage. Infolge dieser Unkenntnis arbeiten sie selbst darauf hin, daß der Beruf immer mehr zurückgeht.

Für Postschappel wurden erstmalig von Dresden aus offiziell Maler vermittelt.

Die Revisoren erklärten Bücher und Kasse in Ordnung gefunden zu haben und beantragten Entlastung. Dem wurde stattgegeben.

Nunmehr wurde die Versammlung auf Freitag, den 2. Mai vertagt. Als alleiniger Tagesordnungspunkt war die Beratung des Statutenentwurfs vorgelesen.

Durch den Bevollmächtigten wurde den Anwesenden die historische Entwicklung der Verschmelzungsfrage nochmals vor Augen geführt und dann der Entwurf von ihm gewürdigt. Dieser, ohne Voreingenommenheit ehrlich gewertet, stelle zweifelsohne eine fleißige, für alle Beteiligten brauchbare Arbeit dar. Bei richtiger Erkenntnis der Sachlage kann eine einschneidende Aenderung des aufgestellten Gesetzes nicht in Betracht kommen. Die Glasarbeiter, die es leider versäumt haben, in gleichem Schritt wie wir der Verschmelzung die Wege zu ebnen, müssen allerdings einer ziemlichen Beitragserhöhung zustimmen, denn gerade auf diesem Gebiete können Anträge, die eine Reduzierung der vorgeseheneu Sätze bezwecken, nicht in Betracht gezogen werden.

Die im Verein mit den Branchenvertrauensmännern von der Verwaltung gestellten Anträge wurden einstimmig angenommen.

Die Versammlung hat gezeigt, daß die Dresdener Kollegen die Verschmelzung so bewerten, wie es notwendig ist. Sie sehen ein, daß Opfer von allen Seiten gebracht werden müssen und sind bereit, das übrige dazu beizutragen, um den Zusammenschluß endlich zu verwirklichen.

Genosse Koban verlangte noch Vorschläge für die Kandidaten zum Verbandstag. Nachdem eine Anfrage aus der Versammlung, ob Uhlmann als Delegierter vorgelesen werden könne, von Koban bejaht wurde, erfolgte dessen einstimmige Aufstellung. Auch für die Frauenwahlgruppe hielt man die Aufstellung einer Kandidatin für wünschenswert. Uhlmann wurde beauftragt, in einer Versammlung mit den weiblichen Mitgliedern sich Vorschläge machen zu lassen. Mit dem Hinweis auf die gemeinsame Versammlung wurde die gutverlaufene Tagung geschlossen.

Die kombinierte Versammlung am 7. Mai war gut besucht, am besten von den Töpfern. Die 3 Verwaltungen hatten sehr fleißig gearbeitet, und vor allem von unserer Seite war im Interesse eines einheitlichen Handels manche Konzession an die Wünsche der beiden Bruderorganisationen gemacht worden. Die geringe Brüderlichkeit von zwei Dfensehern genügte, um die ganze Arbeit, wenigstens soweit wir in Betracht kommen, hinsällig zu machen. Das heißt, soweit bestimmt formalisierte Anträge in Frage kommen. Sie können, weil nicht zur Abstimmung gekommen, von uns nun nicht gestellt werden. Im übrigen können wir, trotz der lauten Sprache, die vor allem von einem Dfenseher beliebt wurde, mit dem Verlauf der Versammlung zufrieden sein. Konnte doch von unserem Bevollmächtigten am Schluß der Versammlung konstatiert werden, daß die übergroße Mehrheit der Dresdener Mitglieder, und zwar nicht nur von den Glas- und Porzellanarbeitern, sondern vor allem auch von den Töpfern gewillt ist, die Verschmelzung zu fördern.

Uhlmann, der die Versammlung einleitete, betonte von vornherein, daß über die prinzipielle Frage nicht debattiert werden sollte. Aus den von den drei Verbänden auf ihren letzten Verbandstagen angenommenen Resolutionen spricht ja deutlich heraus, daß diese Frage für alle Beteiligten entschieden ist. Um aber den im Laufe der letzten Jahre Neueingetretenen es zu ermöglichen, die uns vorgelegte Beratungsvorlage richtig bewerten zu können, ist ein Rückblick auf die Behandlung der Angelegenheit in den drei Verbänden vonnöten.

Nachdem dies geschehen war, machte Redner die Anwesenden mit den Unterstützungseinrichtungen und Beiträgen der drei Verbände bekannt. Ein Vergleich mit den neu angelegten Unterstützungssätzen zeigt, daß allen Beteiligten gerecht zu werden versucht wurde. Soweit die örtlichen Verwaltungen glaubten, reformierend in den Entwurf eingreifen zu können, lag dies in Gestalt von 18 Anträgen vor und wurden diese der Versammlung unterbreitet.

In recht wirkungsvoller Rede legte Genosse Bulke vom Glasarbeiterverband die Stellung dieser Genossen dar. Für sie sind ja die erhöhten Beiträge und die reduzierte Arbeitslosenunterstützung das Wichtigste am Entwurf. An ihm konnte man sehen, wie man trotz einer ehrlichen Gegnerschaft zum Entwurf, doch mit großer Wärme für die uns gesteckten Ziele eintreten kann. Schon in den letzten Jahren hätten sie bei ihren Mitgliedern in punkto Beiträgen erzieherisch gewirkt und es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn es ihnen nicht gelänge, ihre Kollegen von der notwendigen Erhöhung der Beiträge zu überzeugen und so die Verschmelzung zu ermöglichen.

Genosse Hörig von den Töpfern legte ebenfalls klar, daß für die Töpfer resp. Dfenseher bei einer Zentralisation nur der Keramarbeiterverband in Betracht kommen kann. Er montierte aber die im Entwurf vorgesehene Ausnahmebestimmung der Dfenseher. Sie werden Anträge bringen, durch welche dies beseitigt wird und erbat unsere Unterstützung dabei.

Nunmehr setzte eine teils stürmische Debatte ein, in der in der Hauptsache die Dfenseher das Wort hatten. Weniger mit dem Entwurf als mit der Verschmelzung beschäftigten sich diese Genossen. Besonders ein Genosse trat in einer Art und Weise für den Fabrikarbeiterverband auf, daß man glaubte, er persönlich meine uns ein ganz neues Evangelium zu predigen. Aber er fand sowohl bei unseren Kollegen, wie auch bei den Glasarbeitern nur taube Ohren. Nur noch ein Dfenseher wendete sich gegen die Verschmelzung, alle anderen Redner, darunter noch mehrere Dfenseher, traten für die Verschmelzung ein und hatten aus bezügl. des Entwurfs diesen oder jenen Wunsch vorzubringen.

Eine von der Opposition eingebrachte Resolution, in der uns, den Glasarbeitern und Töpfern, ausgenommen den Sehern, der Uebertritt zum Fabrikarbeiterverband empfohlen wurde, vereinigte 21 Stimmen auf sich. Anwesend waren reichlich 300. Unsere Resolution, in der die Verschmelzung befürwortet und der Wunsch zum Ausdruck kommt, daß es gelingen möge, das Statut so auszugestalten, daß von allen Beteiligten die Zustimmung erfolgen kann, wurde gegen diese 21 Stimmen angenommen.

Timenau. In der am 24. Mai stattgefundenen außerordentlichen Versammlung wurde zuerst die Wahl des Delegierten vorgenommen. Von 82 abgegebenen Stimmen entfielen 73 auf Kollegen Schrickel, die Kollegen Mai und Sieg erhielten 6 resp. 2 Stimmen. 1 Zettel war unbeschrieben. Nunmehr erstattete der Kassierer den Bericht über den Abschluß des 1. Quartals. Einer Einnahme von 2286,64 Mk. steht

eine Ausgabe von 1897,82 Mk. gegenüber, so daß ein Bestand von 448,82 Mk. vorhanden war. 800 Mk. wurden an die Hauptkasse abgeschickt. Die Abrechnung vom 12 Proz.-Fonds ergibt folgendes Bild: Einnahme 194,94 Mk., Ausgabe 143,03 Mk., Bestand 51,91 Mk. An Arbeitslosen-Unterstützung usw. wurden 482,14 Mk. und an Krankenunterstützung 296,16 Mk. gezahlt. Auf Antrag der Revisoren wird der Kassierer entlastet. Die Zahlstelle zählt zurzeit 194 Mitglieder, darunter 21 weibliche und 1 Lehrling. Die anberaumte Neuwahl eines Vorstehenden wurde nach längerer Debatte von der Tagesordnung abgesetzt. Weittig wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß der bisherige Vorstehende das Amt weiter behalten möge. Hierauf wurden 2 Berichte über die Sitzungen des Kartells gegeben. In der Diskussion hierüber wurde bedauert, daß es auch unter den organisierten Arbeitern welche gibt, die, anstatt an der Mafseier teilzunehmen, an diesem Tage mit Vergnügungsvereinen Ausflüge machen. Die Kartelldelegierten wurden beauftragt, dafür zu sorgen, daß als Unterkassierer für die Vollsürsorge auch Porzellanarbeiter berücksichtigt werden.

Kleindembach. Die Zahlstellenversammlung vom 14. Mai stellt folgende Anträge: Arbeitslosenunterstützung soll vom vierten Tage an gezahlt werden. Krankengeld soll vom ersten Tage an gewährt werden, und zwar nach einer Beitragsleistung von 416 Wochen auf die Dauer von 18 Wochen. Umzugsgeld ist bei einer Entfernung unter 50 Kilometern in den Beitragsklassen 1-3 10 Mk. und 4-6 15 Mk. zu gewähren. Maßregelungsunterstützung soll vom ersten Tage an gezahlt werden.

Literarisches

Mutter. Ein Frauenschicksal von Joh. Fersch. Ein neuer Roman, der in der schnell bekannt gewordenen Serie „Vorwärts-Bibliothek“ erschienen ist. Ein eigenartiges Buch, das Kampfeslust und Güte, Innigkeit und soziales Verständnis mit einander verbindet. In allen Arbeiterfamilien wird das Buch, das uns die Leiden der Proletarierin als Mutter zeigt, mit Begeisterung gelesen werden. Der billige Preis — es kostet gut gebunden 1 Mark — macht die Anschaffung allgemein möglich. Zu beziehen ist „Mutter“, wie alle anderen Bücher der Vorwärts-Bibliothek durch alle Buchhandlungen.

Die Wetterkunde. Eine Anleitung zum Erkennen der Wettervorgänge für den Freund der Natur. Von Gustav Walter. Mit zwanzig Abbildungen und einer farbigen Tafel. Preis broschiert 75 Pfg., gebunden 1 Mark. Vereinspreis 50 Pfennig. Verlag J. G. W. Deiz, Stuttgart.

Ein neuer Band der Vorwärts-Bibliothek. Der neueste Band enthält Werke der kürzlich verstorbenen Genossin Minna Kautsky. Das Buch führt den Titel: „Der Pariser Garten und Anderes.“ Der Preis beträgt 1 Mark.

Sterbefafel.

Eisenberg. Anna Baum, Arbeiterin, geb. 12. 2. 1877, gest. 11. 5. an Lungenschwindsucht. Letzte Krankheitsdauer 8 Wochen.

Kahla. Klara Rant, Druckerin, geb. 2. Mai 1890, gest. 11. 5. an Gallensteinoperation. Krankheitsdauer 23 Tage.

Rudolstadt. Johann Bauer, Ml., geb. 14. März 1862 in Passau, gest. 18. Mai in der Klinik zu Jena. Mitglied des Verbandes seit 1884.

Ehre ihrem Andenten!

Adressen-Änderungen

Coburg. Schf. Louis Schubert, Oberstanger, Schleifweg 6, 1 Tr.

Plankenhammer. Wf. und Schf. Franz Ströher, Dr. in Floß, Krampfwerk.

Reichmannsdorf. Kv. Karl Büttner, Burg 179.

Seib. Schf. Oskar Schramm, Ml., Obere Bergstr. 227 b.

Versammlungs-Anzeigen

Althaldensleben. Sonnabend, 31. Mai, 8 Uhr, bei Wllh. Peters Delegiertenwahl.

Altwasser. Sonntag, 1. Juni, vorm. 9 Uhr, im „Deutschen Kaiser“. Delegiertenwahl.

Ahlen. Sonnabend, 31. Mai, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Sandgathe, Südstr.

Huma. Sonnabend, 7. Juni, 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Senf.

Berlin. Montag, 2. Juni, 7 Uhr, Schildermaler, An der Straßauer Brücke 3.

Ronn. Sonnabend, 31. Mai, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Volkshaus, Sandkaule 13. Delegiertenwahl.

Charlottenburg. Sonnabend, 31. Mai, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3. Delegiertenwahl. Alle erscheinen!

Golditz. Sonnabend, 31. Mai, 5 Uhr, Delegiertenwahl.

Köln. Dienstag, den 3. Juni, bei Göntgen, Schaafenstr. 45. Delegiertenwahl.

Düsseldorf. Sonnabend, 7. Juni, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Schildermaler, bei Walbers, Herzogstr. — Sonnabend, 14. Juni, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Figurenbranch, bei Walbers, Herzogstr.

Elberfeld. Sonnabend, 31. Mai.

Geschwenda. Montag, 2. Juni, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gasthaus „Thüringer Wald“. Delegiertenwahl.

Goldlauter. Sonntag, 1. Juni, punkt 3 Uhr, in den „Drei Linden“. Alle erscheinen!

Großbreitenbach. Montag, 2. Juni, 8 Uhr, im Rathaus. Delegiertenwahl. Alle erscheinen!

Hornberg. Sonnabend, 31. Mai, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gasthaus zur Rose. Delegiertenwahl.

Kahla. Sonnabend, 31. Mai, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Rosengarten. Delegiertenwahl.

Kronach. Sonnabend, 31. Mai, 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Bayrischen Hof.“ Wichtige Tagesordnung.

Langenberg. Sonnabend, 31. Mai, 4 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Fessenteller. Delegiertenwahl.

Langwiesen. Sonnabend, 31. Mai, 5 Uhr, im Fessenteller. Delegiertenwahl. Alle erscheinen.

Magdeburg.-N. Sonnabend, 7. Juni, 8 Uhr, bei Donnitg, Fabrikstraße 56. Alle erscheinen!

Markredwitz. Sonnabend, 31. Mai, 8 Uhr, bei Bauß. Delegiertenwahl. Alle erscheinen.

Mannheim. Sonnabend, d. 31. Mai, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Witwe Rinzinger, S. 7. 24.

Neubaus a. R. Montag, 2. Juni, 8 Uhr, im Schützenhaus. Delegiertenwahl. Alle erscheinen!

Neuhaldensleben. Sonnabend, 31. Mai, bei Herzog, Masche. Delegiertenwahl.

Oelde. Sonnabend, 31. Mai, im Kaisergarten. Delegiertenwahl. Quittungsbücher mitbringen.

Ohrdruf. Montag, 2. Juni, 6 Uhr, im alten Schützenhof. Delegiertenwahl.

Osterode. Sonnabend, 31. Mai, 8 Uhr, im Schützenhaus. Delegiertenwahl.

Pankow. Sonnabend, 31. Mai, 8 Uhr, bei Bohr, Ruglerstr. 7.

Reichmannsdorf. Sonntag, 1. Juni, 7 Uhr, im „Weininger Hof.“ Delegiertenwahl. Alle erscheinen.

Rehau. Sonnabend, 31. Mai, 8 Uhr, in der Krone. Delegiertenwahl.

Schmiedefeld. d. Sonntag, 1. Juni, in Wallendorf, Gasthaus Leube.

Spandau. Sonnabend, 31. Mai, 8 Uhr, bei Danneberg, Pichelsdorferstr. 5. Delegiertenwahl.

Suhl. Sonnabend, 31. Mai, 8 Uhr, in Dombergs Ansicht. Wichtige Tagesordnung.

Staffel. Sonnabend, 31. Mai, 8 Uhr, bei Weimar.

Tettau. Montag, 9. Juni, 6 Uhr, im „Schwarzen Adler“. Alle erscheinen!

Tiefenfurt. Sonnabend, 31. Mai, 8 Uhr, in der Brauerei. Delegiertenwahl.

Vege sack. Sonntag, 1. Juni, vormittags 9 Uhr, bei Friedrichs, Delegiertenwahl.

Weißwasser. Sonnabend, 31. Mai, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Café Zentral.

Zell. Freitag, 30. Mai, 8 Uhr, in der Blume. Delegiertenwahl.

Anzeigen

Hilwasser. Sonntag, den 8. Juni, Ausflug nach Reinesbachthal. Treffpunkt um 6 Uhr morgens, im „Deutschen Kaiser“. Wir laden hierzu die Mitglieder der umliegenden Zahlstellen freundlichst ein. Bei ungünstiger Witterung findet der Ausflug 8 Tage später statt. Die Verwaltung.

Breslau. Die Kollegen, die noch im Besitz von Bibliothekbüchern sind, werden ersucht, diese sofort wegen Einverleibung in die Zentralbibliothek an Kollegen Reckriegel, Rospotstraße 24, abzuliefern.

Goldlauter. Sonntag, den 1. Juni findet von 11-6 Uhr bei Generalversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Die Verwaltung.

Langenberg. Der gemeinschaftliche Ausflug der Porzellanarbeiter Langenberg, Roschütz und Untermaus, sowie der Töpfer in Gera, findet bei günstiger Witterung am 8. Juni statt. Jede Zahlstelle versammelt sich im Vereinslokal. Abfahrt früh 7 $\frac{1}{2}$ von Thieschitz nach Hermsdorf S.-A. Dasselbst Zusammenkunft mit den Hermsdorfer Kollegen in der Zentralthalle. Abmarsch 11 Uhr durch das Mühlthal nach Eisenberg. Die Hermsdorfer Kollegen wollen sich zahlreich daran beteiligen. Die Eisenberger Kollegen werden dann einige gemütliche Stunden mit uns verleben. Rückfahrt abends 6 $\frac{1}{2}$ von der Kastanie S. P. Registeerverwaltung Langenberg.

Langenberg. Die Mitglieder wollen, um Irrtümer zu vermeiden bei jeder Zahlung das Quittungsbuch zum Abheften vorlegen. Ferner ersuche ich alle registrierenden Mitglieder, ihre Reste bis spätestens zum 1. Juli zu begleichen, widrigenfalls Streik tag er. n. muß. Der Kassierer.

Mannheim. Unter Hinweis auf § 3, Ziffer 2 des Statuts fordere ich die registrierenden Mitglieder auf, ihre Beiträge so bald wie möglich zu begleichen und gleichzeitig die Pflichtstreitmarke zu entnehmen. Der Kassierer.

Nürnberg. Am Sonntag, den 1. Juni, findet ein Ausflug statt. Abfahrt früh 8 $\frac{1}{2}$ Uhr bis Röthenbach b. Lauf. Weiterung über Moritzberg nach Lauf, woselbst nachmittags 3 Uhr im Gewerkschaftsbeise ein Ausflugstränzchen stattfindet. Hierzu werden die Mitglieder mit ihren Angehörigen und Bekannten freundlichst eingeladen. Die Verwaltung.

Plankenhammer. Die bisherigen Funktionäre gehören der Verwaltung nicht mehr an. Alle Zuschriften sind zu richten an Franz Ströher, Dr. in Floß, Krapfwerk. Alle Zahlstellen wollen dies beachten.

Schmiedefeld. Sonntag, den 1. Juni, nachmittags 3 Uhr Versammlung im Gasthaus Leube, Wallendorf. Delegiertenwahl. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder in Wallendorf, Uchte, Schmiedefeld und Getersthal ist erforderlich. Quittungsbücher mitbringen.

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos	Arbeitsmarkt	Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung
---	---------------------	--

Selb. Formgießer, welche bei Ph. Rosenthal in Selb in Arbeit treten wollen, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, bei der Zahlstellenverwaltung vorerst Erlundigung einzuholen. Die Verwaltung.

Mehrere tüchtige Former und Gießer, die müßig auf Banterrakotten gearbeitet haben, stellen sofort ein. Rotherische Kunstziegeleien G. m. b. H., Liegnitz.

Preis der 2 gespaltenen Beitzteile 80 Pfennig	Geschäfts-Anzeigen	Vorausbezahlung ist Bedingung
---	---------------------------	-------------------------------

Goldschmiere, Goldabfälle

Durch mein einfaches selbstprobtes Schmelzverfahren bin ich in der Lage (Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Asche, Stupfer, Pinsel, Watte, Näpfe, Paletten, Flaschen), das Gramm Feingold bis 2,26 Mk. zu bezahlen, keine Schmelzkosten mehr, bei sofortiger Geldsendung; Prozenzente zahle ich im Dezember und wenn ich diesen Monat garnichts verdiene. Geschäftsprinzip: Viel Kundschaft, wenig Nutzen. Viele Anerkennungen und Empfehlungen vom In- und Ausland.

M. Köhler, Dresden-N., Gerichtsstraße 8, 2 Et

Werkstattschuhe, Sandalen, Pantoffeln usw. usw. äußerst dauerhaft und zu billigsten Preisen, liefert **F. Girhardt, Timenau i. Thür.** Mitglied des Verbandes Nr. 4522. Ausführliche Preisliste frei.

Goldabfälle jeder Art Goldlappen, Goldmatten, Schmiere, Rehrgold kauft höchstzahlend **E. Recht, Berlin S. 14, Sebastiansstraße 78.** Telephon Amt Moritzplatz, Nr. 5279.

Z bis well grossen Umsatz höchste Preise	Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle  Goldschmied kauft	Edelmetall-Schmelze Gegründet 1896
Otto Seifert, Zwickau S. Osterwelschstrasse 32.		

Goldschmiere, Goldlappen und alle in der Berggolderei vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung **Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.**

Goldabfälle als Goldlappen, Goldschmiere, Paletten, Näpfe, leere Glanzgoldflaschen und alle Silber- und Platinaabfälle werden ausgeschmolzen und nach Feuerprobe zum Tagesmetallkurs angekauft. Für alte Zahngebisse, sowie alte Schmucksachen zahle ich höchsten Preis. Bei Eingang der Sendung noch selben Tags Geldzulassung. Beweis für reelle Bedienung ist: Ich erhalte von mehreren inserierenden Goldverkaufsfirmen die aufgekauften Goldabfälle zum Ankauf.

Max Haupt, Gold- und Silberscheide-Anstalt Dresden-N., Bönnischplatz 17

Herausgeg. v. Verbände der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
 Redaktion: Karl Eberhardt, Charlottenbg., Rosinenstr. 8
 Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 8.
 Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22.